

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 3 M 30 & vierteljährlich frei ins Haus oder durch die Post;
in der Geschäftsstelle abgeholt 3 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Zander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltenen Zeitzeile oder deren Raum für Geisenheim
20 &, auswärtiger Preis 25 &. Kleinanzeigen 65 &. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlicher Schriftführer: Hr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 39.

Donnerstag den 1. April 1920.

20. Jahrgang.

Die trauernde Welt.

Fünf trauernde Charfreitage haben wir nunmehr hinter uns liegen. Aber die ersten davon waren doch noch getragen von der Hoffnung, der Hoffnung auf eine freundlichere Zeit, auf die Wiederkehr der alten Zeit jenseits der Wälder, dessen wir uns vor dem Kriege jahrelang erfreut haben. Jetzt in der Trübsal merkt so der Mensch erst, wie gut es vordem war. Die gesamte Bevölkerung hatte gut zu essen, wohnte, soweit das in unserem Erdenleben überhaupt möglich ist, im allgemeinen befriedigend, und wenn es einem schlecht ging, durch eigene Schuld oder auch durch ein widriges Schicksal, dann fanden tausend Hände Hilfe.

Jetzt sind wir ja auch damals nicht gewesen. Wie soll die Menschheit überhaupt zufrieden werden? „Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen“ steht schon im ältesten und größten Weltweisheitsbuch der Menschheit mit diesen Worten geschrieben. Wir müssen und sollen uns plagen und mühen und sorgen auf dieser Welt, und diese Mühe und Plage wird mit jeder Kulturerrungenschaft, jeder Aufbebung unserer Lebenshaltung größer.

Das ist ja das Verhängnis der Menschheit. Der Raum der Erde reicht nicht für die wachsenden Massen, die sie bevölkern. Bedeutende Geographen haben gerade neuerdings auf diese Erscheinung immer nachdrücklicher hingewiesen. Die heißen Zonen der Erde, wo der freiwillige Ertrag der Landwirtschaft Nahrung in ausreichendem Grade bot, sind in den Hintergrund getreten: ihre Bedeutung für die Menschheit ist nicht groß genug. Die Menschheit mußte sich in unwirtlichere Gegenden zurückziehen und dort in immer härterer Arbeit den Kampf ums Dasein aufnehmen; und je mehr die Bevölkerung anwuchs, desto härter wurde der Kampf, der Kampf zwischen dem Einzelnen um den besten Brotpfad, der Kampf unter den Ständen, der Kampf unter den Völkern. Es ist Jervahn, genährt von verbrauchten einseitigen urteillosen Theorien, zu glauben, der Krieg wäre das Menschenwerk einzelner, oder er wäre das Werk einzelner Stände und Klassen. Entweder ist der Krieg, wie es tiefersehenden Beurteilern die Kulturgeschichte auf allen Blättern lehrt, das Ergebnis geistiger Zer- und Wirrnisse, eine Reaktion, eine Loslösung einer durch die Überkultur, durch dauernde einseitige geistige oder körperliche Inanspruchnahme der Menschen erzeugte Nervenüberreizung, die große Taten, im Lichte der Vernunft gesehen, Unmässigkeiten und Besonnenheiten herbeiführt; oder aber, der Krieg ist ein Mitt nach besseren Weisen, ein stiller Expansion der Völker. Europa hat in den letzten hundert Jahren seine Einwohnerzahl verdreifacht. Es konnte seine Massen nicht ernähren, wenn seine Kaufleute nicht in die Welt gingen und gegen die industriellen Arbeitsprodukte Europas fremde Waren erzeugnisse, für Ernährung und für eben diese wertvolle Verfertigung Rohstoffe eintauschten. Und weil dabei unter den europäischen Völkern der Gegensatz immer größer wurde, wurde diese Lebensspannung bei Wettbewerben auf dem Weltmarkt die Ursache zum Kriege; die Frage der unmittelbaren Veranlassungen zum Kriege, die Frage der Gruppierung der Völker — alles gerade gegen uns — können dabei ganz aus dem Spiele bleiben: sie sind nebensächlicher Natur. Ein großer Krieg mußte auf jeden Fall kommen, wenn nicht die Völker freiwillig ihren ungeheuren gesteigerten Lebensstand herabschrauben wollten, — ein Summum, die niemandem gestellt werden konnte.

Und nach dem Kriege kam die Unmöglichkeit, dem Geist der Unruhe und Unrast über uns. Eine volle Erschütterung des seelischen Gleichgewichts, ein totales Schwinden jedes ernsthaften Rechtsbegriffes, ein Erlös der gesunden Vernunft durch unfaßbare, unbegreifbare Instinkte. Unser körperliches Unbehagen, unter dem wir seit Kriegsbeginn leiden, das uns bei dem wachsenden Mangel an Nahrungsmitteln immer schärfer peinigt, hat den Kulturstoff durchbrochen und bei weniger geistigten Naturen des seelischen Gleichgewichts zerstört. Mit welchem Erfolge, das sehen wir nun schon seit langem von Tag zu Tag. Ein ehrloses Schiebertum feiert grauenhafte Orgien der Genußsucht ohne das Geringste zu verstehen, und peitscht damit die Sucht der hungernden Massen nach halbwegs befriedigtem Auskommen bergesamt empor, so daß es im Guten nicht abgehen kann.

Es war noch kein Charfreitag so trübe wie der heutige. Wir stehen tief im Sumpfe, und nur entschlossener Wille zum Guten aller kann uns retten. Wir müssen uns von der geistigen Überhebung frei machen, wir müssen uns wieder auf uns selbst besinnen, uns frei machen von verwirrenden, halbwegs Schlagworten eitler Schwärmer. — Die Welt wird so doch, das sollen wir nicht vergessen, von der Eitelkeit regiert; aus gesunder Vernunft heraus gibt sie kein Licht für diese Auflärer her.

Der Charfreitag, der stille Tag, ist immer ein Tag der Einsicht gewesen. Möge er es diesmal für uns sein im besondern Grade sein.

Das Programm der neuen Regierung.

— Berlin, 29. März 1920.

Der Reichskanzler vor der Nationalversammlung.

Nach der kurzen Tagung in Stuttgart tritt die Nationalversammlung wieder im Reichstagsgebäude zusammen, um die Erklärung der neuen Regierung entgegenzunehmen. Vor wenig neue Gesichter sieht man am Regierungstisch. Die Zusammensetzung des Kabinetts ist zum großen Teile die alte geblieben. Es haben nur verschiedene Persönlichkeiten des Kabinetts Bauer die Ressorts gewechselt, darunter auch der Kabinettschef selbst, der in der neuen Regierung das Reichsfinanzministerium übernommen hat. Die Posten der Minister des Inneren und des Wiederaufbauminister sollen erst in den nächsten Tagen besetzt werden. Das Haus ist angesichts der frühen Morgenstunde nicht übermäßig besetzt. Der Andrang zu den Galerien ist nicht groß, die Kontrolle über den Eintritt ins Haus außerordentlich streng gehandhabt wird. Es sind weitgehende Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden, Beamte der Sicherheitspolizei bewachen alle Ausgänge und sind auch vielfach im Haus selbst postiert.

Nach Eröffnung der Sitzung erbittet Präsident Fehrenbach zunächst die Ermächtigung, der Stadt Stuttgart für die Aufnahme der Nationalversammlung den warmsten Dank und die herzlichsten Grüße zu überbringen.

Ein Antrag des Oberreichsanwalts um Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Traub, der während der Witztage aus der Deutschnationalen Fraktion ausgeschieden und als Kultusminister in die Kapp-Regierung eingetreten ist, wegen Hochverrats, wird dem Gesetzgebungsausschuß überwiesen.

Herrmann Müllers Programmrede.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung. Der dritte Reichskanzler der deutschen Republik, Herrmann Müller, stellt das neue Kabinettskabinett dem Hause vor und verliest dann in einstündiger Rede das Programm der neuen Regierung, ab und zu unterbrochen durch Zwischenrufe aus den Reihen.

Die neue Regierung wird getragen von den gleichen Parteien, die sich in der Nationalversammlung zu einer Koalition vereinigt haben. Diese Koalition ist der einzig tragfähige Boden einer deutschen Politik. Gegenüber dem Kapp-Regime hat die Demokratie sich als die stärkste Gewalt in Deutschland erwiesen. Sie muß noch stärker in den öffentlichen Einrichtungen der Republik befestigt werden. Wer mit Kapp gemeinsame Sache gemacht hat, muß verurteilt werden. Mit eiserner Faust muß ausgeführt werden. Es muß eine Demokratisierung der Verwaltung erfolgen und eine Reibung der Reichswehr, so daß sie eine wahre Volkswehr wird. Überall müssen Demokraten in entscheidende Stellen kommen.

Daneben muß das Werk der wirtschaftlichen Demokratie vollzogen werden. Der Reichskanzler kündigt den Ausbau der sozialen Gesetzgebung an, berichtet ein Schicksal, angelehnt an eine großzügige Durchführung der Forderungen für die Kriegsoffer, ferner ein freies, soziales Arbeiter- und Beamtenrecht, volle wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung für Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Der Reichskanzler geht dann auf die auswärtige Politik ein. Die deutsche Regierung ist bemüht gewesen, ein Friedensverbot nach Möglichkeit zu erfüllen. Ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten mit Frankreich ist unbedingt notwendig. Ohne ein lebensfähiges Deutschland kann Europa nicht leben.

Frankreich verlangt Garantien.

Der Reichskanzler berichtet dann die Vorgänge im Ruhrgebiet. Wenn für den Notfall eine größere Truppenmacht einrücken soll, verlangen die Franzosen als Garantie die Besetzung von Frankfurt, Hanau, Homburg, Darmstadt und Duisburg, also ein Vorhaben von 20 Millionen. Die deutsche Regierung muß eine solche Summe ablehnen. Jeder in Deutschland ist bemüht, unser Volk aus dem Niederbruch herauszuretten. Im Rahmen der deutschen Republik ist kein Raum für eine Diktatur, komme sie, woher wolle. Bei den Abstimmungen hat das Deutsche Volk seine Pflicht getan, das ist eine gute Aussicht für die Zukunft. Jetzt geht es um das Ganze, um die Republik und um die Demokratie. Dort sagen wir allen Beamten, Lehrern und Bürgern, die es durchgeleitet haben, daß der Berliner Spuk nur vier Tage dauerte. Wir bitten um ihr Vertrauen.

Es muß aber abgerechnet werden mit der Vergangenheit. Wir haben ein Verbrechen an Reich und Volk erleben müssen, das ohnegleichen ist. Unsere Aufgabe ist es, die Hochverräter der Verfassung zu verfolgen. Jetzt scheint man auf der rechten Seite mehr wissen zu wollen von dem Anteil, den man an diesem Verbrechen hat. Jetzt behauptet man sogar, die Regierung trage die Schuld an dem Verbrechen der Elbeshredder. Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes sagt die Kappverbrecher an, daß sie für Deutschland den Krieg zum zweiten Male verloren haben. Der Generalstreik hat sie bereits als die Schuldigen verurteilt. Bei den Wahlen wird ihnen die endgültige Antwort erteilt werden.

Der Anarchie von rechts ist in den rheinisch-westfälischen Gebieten die Anarchie von links gefolgt. Sie wird mit demselben Maße gemessen werden wie die von rechts. Für die Niederwerfung sind die erforderlichen Maßnahmen getroffen. Wir kommen nur durch, wenn alle demokratischen Kräfte zusammenstehen.

Das Zentrum und die Sozialdemokratie sind überzeugt, daß das Deutsche Reich durch die Kapp-Verbrecher endgültig abgewirkt hat. Mit dem Bolschewismus lassen wir uns nicht schrecken. Wir lehnen ihn ab und werden ihn bekämpfen. Das Volk wird ein gerechtes Urteil über die Hochverräter am Rapp fällen (Weiß, Beifall).

Die Aussprache über das Regierungsprogramm.

Nach der von den Mehrheitsparteien mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Kanzlers wurde die Sitzung unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, ihre Ansicht zur Regierungserklärung zu äußern. Etwa gegen 1 Uhr 30 Minuten wird die Sitzung wieder aufgenommen und man tritt sofort in die Aussprache über die Regierungserklärung ein. Für das Zentrum spricht

Abg. Vogt: Das Unternehmen Kapp war eine Kampfansage gegen die Demokratie. Das einzige politische Mittel, über das Kapp-Verbrechen verfügte, war das Reichsgewehr und die Kanone. Dagegen aber hat sich der Generalstreik als die modernere Waffe erwiesen. Wenn die Kapp-Regierung von links eine vorbereitete war, wissen wir nicht; wir wissen nur, daß das Kartenspiel von rechts das Verbrechen von links zur Folge hatte. Schutz der Verfassung nach rechts und links muß die Parole sein.

Die ausschließliche Bewahrung der Republik lehnen wir ab.

Wir lassen uns nicht das Messer aus der Hand nehmen, um uns dann die Kehle abzuschneiden zu lassen. Jedenfalls verlangen wir strenge Bestrafung der Schuldigen nach den Gesetzen; mit Straffentlassungen und Amnestien muß endlich Schluss gemacht werden. Das politische Gesindel aus dem Osten darf nicht mehr unser Volk verheizen. Die nationalpolitische ist jedenfalls die einzig vernünftige. Aus nationalem Ehrgefühl müssen wir den Weg zurückfinden zur Vernunft. Unsere Politik ist eine echt deutsche und nationale Politik.

Abg. Henke (U. Soz.): Wir können weder den früheren, noch den neuen Ministern Vertrauen entgegenbringen. Wieder das Zentrum, noch die Demokraten sind Freunde des Generalstreiks. (Zurufe der Demokraten.) Die Arbeiter haben keine Garantie für die Verhinderung der Hochverräter bekommen. Die Arbeiter lassen auch ihre Brüder im Ruhrgebiet nicht abschlagen.

Abg. Legien (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion spricht der neuen Regierung ihr Vertrauen aus. Wir verlangen von der Regierung, daß die Hochverräter gefasst und ihre Vermögen konfisziert wird, um daraus die Lebensmittel der Arbeiter zu beschaffen. Die Wahl der Minister nach Verständigung mit den Gewerkschaften bedeutet kein Vetorecht, kann also auch die Verfassung nicht verletzen. Wird ernst und treu gehalten, was der Arbeiter in den Vereinbarungen zugesagt worden ist, werden wir durch die Demokratie zum Sozialismus kommen, zum Neuaufbau Deutschlands. (Weiß, Beifall.)

Reichswehrminister Dr. Seeber: Ich, der nicht rückhaltlos auf dem Boden der Verfassung stehen, und die im kritischen Augenblick des Staatsebens. Nicht auf eigene Faust machen, sind unmöglich, ihre Entfernung ist die Voraussetzung für die Wiederherstellung des Vertrauens. (Weiß, Zustimmung.) Aus diesem Grunde ist bisher eine ganze Reihe von Offizieren aus den Führerstellen entfernt worden. Nach allen Brennpunkten der Bewegung habe ich Offiziere entsandt, die angewiesen sind, in enger Verbindung mit den Zivilbehörden für Ordnung zu sorgen. In die am meisten gefährdeten Bezirke sind sofort Militärkommandeure mit umfassenden Vollmachten zur Feststellung des Sachverhalts geschickt worden. Die Vorgänge im Ruhrgebiet kann man seiner Partei im Hause zur Last legen; sie sind aber die Folgen des Kapp-Verbrechens. (Weiß, Zustimmung.) Jetzt ist ein Ultimatum gestellt worden, das morgen mittag abläuft. Wenn der Zentralrat Einfluss genug besitzt, so wird unser Ziel erreicht und Blutvergießen verhindert werden. (Weiß, Beifall.)

Reichsjustizminister Bland macht dem Hause Mitteilung von den Regierungsmassnahmen gegen die Gutschriften gegen die Flüchtigen und Haftbefehle erlassen. Der Erste Strafsenat des Reichsgerichts hat bis zur Verurteilung des Strafbefehls das Vermögen der Angeklagten mit Beschlagnahme belegt und die Befugnisse der Beschlagnahme angeordnet. (Weiß, Beifall.)

Neuwahlen Ende Mai.

Die Nationalversammlung wird voraussichtlich Dienstag nach Abschluß der politischen Aussprache in die Osterferien gehen, die bis zum 14. April dauern werden. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Nationalversammlung ihre Arbeiten bis zum 25. April erledigt haben wird, so daß die Neuwahlen Ende Mai stattfinden könnten.

Ein Ultimatum an die Rote Armee.

Die Reichsregierung fordert Waffenlieferung bis Dienstag.

Die Weigerung der Roten Armee, das Bielefelder Abkommen anzuerkennen und die Feindseligkeiten gegen die Reichswehrtruppen einzustellen, hat die Reichsregierung veranlaßt, neue umfangreiche Vorbereitungen zum gewaltsamen Niederschlagen des Aufstandes im Ruhrgebiet zu treffen. In der Gegend von Münster sind etwa 35.000 Mann Reichswehrtruppen versammelt. Immer noch rollen Eisenbahntransporte mit neuen Truppen heran, die mit Panzern ausgerüstet sind. Die Reichsregierung jedoch mit Waffengewalt eintritt, hat sie den Aufständischen im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier eine letzte Frist gestellt.

Die Bedingungen der Regierung.

Die Regierung hat durch die „Bielefelder Verhandlung“ versucht, ohne Anwendung von Gewalt die Ruhe

und Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die Rote Armee hat sich nicht danach gerichtet. Die Angriffe auf Wesel sind mit größter Heftigkeit fortgesetzt worden. Die Gefangenen wurden nicht freigegeben, die Abgabe der Waffen nicht durchgeführt. Die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlechtert. Zahlreiche Notkreise aus allen Kreisen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die von den roten Truppen begangen werden. Das zwingt die Regierung zum energischen Handeln, um möglichst bald in einer geordneten Verhältnisse in diesen Gebieten herzustellen und die Bevölkerung vor Willkürherrschaft zu schützen. Um aber allen Verführten nochmals Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzukehren, will die Regierung noch eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März, 12 Uhr mittags, eine ausreichende Sicherheit für den Militärbesitzhaber des Wehrkreises 6 Generalleutnant v. Watter, in Münster für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen:

1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität.
2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Eintritten in die Marx-Lenin-Regierung befallen sind.
3. Sofortige Auflösung der Roten Armee.
4. Wollte die Erfüllung der gesamten Bevölkerung einwillig, können die Angelegenheiten unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe.

Die Art und Zeit der Durchführung der Entlohnung wird durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt näher bestimmt werden.

Somitige Freigabe der Gefangenen. Falls diese Bedingungen angenommen werden, wird die Reichsregierung von einem Angriff absehen.

Anderfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handelns zur vollen Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände.

Berlin, den 28. März 1920.

Die Reichsregierung.
Der Reichskanzler. Der Reichswehrminister.
gez. Müller. gez. Götter.

Zur Verdrängung der Roten Armee von Wesel.

Die bei Wesel im heftigen Kampf stehenden, durch bayerische Gruppen verstärkten Reichswehrtruppen der Division Kapfisch haben am Sonnabend die Rote Armee südlich von Wesel so weit zurückgeschlagen, daß der Ort Friedrichsfeld von ihnen gesäubert worden ist. Dieser Angriff war nötig, um die Bewohner der südlichen Stadtteile Wesels vor der Kanonade zu schützen. Die feindliche Artillerie wurde erbeutet, darunter eine schwere Geschütze, eine Feldkanone, eine Revolverkanone, eine große Anzahl Maschinengewehre, Minenwerfer, große Munitionsbestände und Lastkraftwagen. Die ganze Linie wurde so weit zurückgedrängt, daß eine weitere Beschließung Wesels nicht mehr zu befürchten ist.

Die Arbeiterschaft gegen die Rote Armee.

In einer Versammlung der sozialistischen Parteien in Hagen, Remscheid, Lüdenscheid, Aserlohn, Witten und Lennep kam es zu einer einmütigen Verurteilung der Diktatur der Räte. Die Arbeiterschaft erklärte sich bereit, äußersten Falles mit den Waffen unter republikanischer Führung gegen die Rote Armee zu kämpfen, weil deren unversöhnliche Handlungsweise eine Gefahr für den Industriebezirk bedeuete.

Es ist zu erwarten, daß die Arbeiterschaft von Essen, Oberfeld und Dortmund sich dieser Auffassung anschließen wird. Unter diesen Umständen wird die Besiegung der Anarchie in Münster und Duisburg wohl nur noch eine Frage von wenigen Tagen sein.

Dortmund und Oberfeld-Barmen sind nach der neuesten Meldung bereits entfallen. Die staatliche Polizei in Essen hat am Sonnabend ihren Dienst wieder aufgenommen, jedoch unbewaffnet. Die Kämpfe auf dem Abschnitt Wesel sind verstummt. Seit Sonntag nach herrscht Waffenruhe. Der Zentralrat der Volksgenossen von Rheinland und Westfalen hat an die Reichsregierung telephonisch ein Waffenstillstandsangebot gemacht. Reichskanzler Müller hat jedoch weitere Verhandlungen mit Rücksicht auf die Velefelder Abmachungen und die Lage im Ruhrgebiet abgelehnt. Die Regierung verweist auf neue Verhandlungen des Wehrkreiskommandos 6 mit rückwärtiger Kraft. Die Frist läuft bis Dienstag mittag.

Die Schreckensherrschaft in Duisburg.

In Duisburg hat sich die Lage wesentlich verschlechtert. Am Sonnabend hat der Oberbürgermeister wegen Bedrohung seiner Sicherheit die Stadt verlassen. Der erste Besondere ist von den Aufständischen verhaftet worden. Städtische Beamte sind daraufhin wegen der Vergewaltigung in einen Proteststreik eingetreten. Das Rathaus ist von den Kommunisten besetzt worden. Die Volksgenossen in Münster und Duisburg treten nach wie vor auf das radikalste für Weiterführung des Kampfes ein. Auch die roten Truppen an der Front denken trotz schwerer Verluste, die sie vor Wesel mitteilen haben, nicht an Übergabe.

Das Chaos im Ruhrrevier.

Ein Ersuchen um Fristverlängerung.

Die Lage im Ruhrgebiet ist nach wie vor ernst. Der angekündigte Vormarsch der Reichswehrtruppen hat im Ruhrgebiet große Beunruhigung hervorgerufen. In den Ausführungsbestimmungen zum Ultimatum der Reichsregierung an die Aufständischen, die vom General v. Watter in Münster erlassen worden sind, wurde die sofortige Ablieferung von 4 schweren Geschützen, 10 leichten Geschützen, 200 Maschinengewehren, 16 Minenwerfern, 20 000 Gewehren, 400 Schuß Artilleriemunition, 300 Schuß Minenwerfermunition, 100 000 Schuß Infanteriemunition verlangt. Weiter wurde die sofortige Auflösung der Roten Armee und die Freigabe der Gefangenen bis Dienstag mittag gefordert. Die Velefelder Mehrheitssozialisten haben telephonisch ein dringendes Ersuchen um dreitägige Fristverlängerung übermitteln. Im Falle des vorzeitigen Einmarsches droht die Arbeiterschaft sämtlicher sozialistischer Parteien, erneut in den Generalstreik einzutreten und alle Waffen mobil zu machen, um die Reichs-

wehrtruppen niederzuschlagen. Zugleich soll die Reichswehr im ganzen Revier zur Solidarität für den Generalstreik und zur bewaffneten Abwehr aufgerufen werden. Weiter wird die Abberufung des Generals Watter und die Zurückziehung der Reichswehrtruppen aus dem Ruhrgebiet verlangt.

Die Antwort der Regierung.

Die Reichsregierung hat darauf mit einer ausführlichen Darstellung geantwortet, in der die Unhaltbarkeit der zurzeit im Ruhrgebiet herrschenden Zustände dargelegt und erwidert wird, daß das zur Verwendung bereitgehaltene Militär verfassungsgemäß sei und keinen anderen Auftrag habe, als den, gesetzliche Zustände wieder herzustellen. Auf Seiten der Reichsregierung besteht nicht die Absicht, den Bogen zu überspannen, doch glaubt sie, auf den Vorschlag des Velefelder Abkommens bestehen zu müssen, womit von der Gegenseite noch nicht der geringste Anfang gemacht worden sei. Der Reichswehrminister hat den Truppen das schonendste Verhalten bei der Entlohnung anempfohlen. Wenn Truppen in Bewegung gesetzt werden, so sollen Zivilkommissare vorangehen, um für Aufklärung zu sorgen.

Sturmzeichen in Dänemark.

Das Ministerium durch den König verabschiedet.

Kopenhagen, 29. März. Der König forderte heute nach einer längeren Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Zahle über die nord-schleswigsche Politik der Regierung, daß diese ihr Abschiedsgesuch einreichte. Zahle lehnte dies ab. Darauf erteilte der König dem Ministerium Zahle den Abschied und beauftragte den Führer der linken Partei, Neerbaard, mit der Bildung der neuen Regierung. Neerbaard erklärte sich außerstande, den Auftrag auszuführen. Darauf hat der König die bisherige Regierung, die Geschäfte weiterzuführen bis zur Bildung eines neuen Ministeriums, was vor Zahle abgelehnt wurde. Der König hat alsdann den Anwalt beim Obersten Gericht Liebe beauftragt, ein Geschäftsministerium zu bilden, das den Auftrag hat, Neuwahlen am Reichstag auszusprechen. Die Sozialdemokraten haben darauf ein Ultimatum an den König gerichtet, daß die Verfassung des Landes respektiert werde, daß das vom König verabschiedete Ministerium wieder eingesetzt werde und der Reichstag einberufen werde, um das Wahlgesetz fertig zu behandeln. Der König lehnte das Ultimatum ab. Die Sozialdemokraten haben darauf den sofortigen Eintritt in den Generalstreik proklamiert. In Kopenhagen herrscht große Aufregung. Das königliche Schloß ist in weitem Umkreise abgesperrt.

Der unmittelbare Einfluß zu der Verfassungsfrage ist die Abkündigung in der zweiten Zone Nord-schleswigs, die für Dänemark verloren ging. Die dänische Opposition im Reichstag will sich mit dem Ergebnis der Abstimmung nicht zufrieden geben und den angeblich schon gefassten Entschluß der Internationalen Kommission in Kopenhagen, die zweite Zone bei Deutschland zu belassen, nicht gelten lassen. Sie verlangen die Einberufung des Reichstages nach Dänemark. Um eine andere Entscheidung in Paris herbeizuführen, mußte erst das liberale Ministerium Zahle zu Fall gebracht werden. Dazu kamen die Schwierigkeiten, die sich für das Kabinett Zahle daraus ergaben, daß es in der Frage der Neuwahlen keine ausreichende Mehrheit im Parlament aufbringen konnte, da es nur über eine Mehrheit von drei Stimmen verfügte, die sich am letzten Freitag für die Neuwahl aussprach. Am Sonnabend ging das Parlament in die Ferien. Kurz darauf veröffentlichte die Opposition einen Aufruf, in dem die Auflösung des Parlamentes und die Ausschreibung von Neuwahlen gefordert wurde, weil seit Beendigung des Krieges die von der Regierung versprochenen Neuwahlen nicht stattgefunden haben, und weil die Regierung in der Schleswigschen Frage kein Mandat habe, im Namen der Bevölkerung zu handeln. Die konservativen Hoffnungen hatten sich vor Einleitung dieser Aktion des Einverständnisses des Königs versichert, der sich dann, wie oben erwähnt, zu dem gänzlich verfassungswidrigen Schritt verleitete und das unangenehme Ministerium kurzerhand verabschiedete. Die Folge dieses in der dänischen Verfassungsgeschichte einzig dastehenden Vorgehens war die Generalstreikforderung der Sozialdemokraten. Da der König sich dadurch jedoch nicht veranlaßt sah, auf den verfassungsmäßigen Weg zurückzuführen, hat die Sozialdemokratie als Protest gegen „den Staatsstreich des Königs“ den sofortigen Eintritt in den Generalstreik beschlossen. In Kopenhagen und den übrigen großen Städten wird der Streik zweifellos große Störungen hervorrufen. Auf dem platten Lande wird er aber wohl kaum großen Erfolg haben. Von dem Ausgang der Krise wird sehr viel für den weiteren Kampf in Schleswig abhängen.

Die zweite Zone Schleswigs Deutschland zugesprochen.

Nach „Politiken“ beschloß die Internationale Kommission in Kopenhagen, daß die zweite Zone samt Schleswigs Deutschland zufällt. Nach dem Abstimmungsergebnis war ein anderer Beschluß auch nicht zu erwarten. Die dänischen Nationalisten hatten trotzdem gehofft, wenigstens Schleswig für Dänemark retten zu können. Dänische Kriegsschiffe und Truppen besetzten die erste Zone.

Politische Rundschau.

— Berlin, 30. März 1920.

Der Reichspräsident hat den aus dem Amt schiedenden Reichsministern Rostke und Schiffer seinen Dank ausgesprochen für die großen Verdienste, die sie in schwerer Zeit dem Vaterlande geleistet hätten.

Die preussische Regierung plant die Umbildung des Kreistages in reine Verwaltungsbehörden.

Der Ausschuß und Vorstand der deutschen Zentrumspartei, deren für Mitte März anberaumte Sitzung wegen des Generalstreiks nicht stattfinden konnte, sind für den 17. April nach Berlin zu einer Tagung eingeladen worden.

Landrat Freiherr v. Mackahn (Magen) kündigt seinen Rücktritt an, da er als Monarchist nicht im Stande sei, den Eid auf die Verfassung zu leisten.

Die sächsische Regierung hat einen Kredit von zwei Millionen Mark für das abgebrannte Leipziger Volkshaus in der Kammer eingebracht.

Als Nachfolger des Reichsfinanzministers Dr. Brüning ist der aus dem Stande der mittleren Finanzbeamten hervorge-

gangene Studententat Köhler für den Posten des sächsischen Finanzministers in Aussicht genommen.

Schnelle Durchführung der Besoldungsreform. An die Parteien der Nationalversammlung ist die Regierung herangetreten, die Besoldungsreform nicht in einem Ausschuß zu verhandeln, sondern sie solle im Plenum im ganzen annehmen. Die Räte sind am 1. April in Kraft treten. Zugleich soll eine Beschließung angenommen werden, die den neuen Tag erstreckt, sofort in Beratungen darüber einzutreten, ob an der Besoldungsreform Mängel oder Unbequemlichkeiten zu beseitigen sind, so daß diese Verbesserungen am 1. Oktober in Kraft treten könnten. Die Regierung teilt nun den Beratungen in den Fraktionen.

Die Ausländerverhaftungen in Berlin. Nicht die Billigung der zuständigen Regierungsstellen gefunden. Selbstamtlich wird mitgeteilt, daß die preussische und die Reichsregierung zu der Einsicht gekommen sind, daß die am Sonnabend in Berlin erfolgten Verhaftungen von Juden ein Mißgriff gewesen seien. Verhaftet wurden besonders Jugendliche und andere harmlose Personen, die keine Ausweise bei sich führten, weil dies am Sonnabend den Juden verboten ist. Die Verbrecher, Salutschänder und Schleichhändler, die man fassen wollte, hat man nicht erwischt. Unter den Verhafteten sind Vertreter aller Schichten der ausländischen Bevölkerung, darunter auch zahlreiche russische Offiziere und ein Mitglied einer bekannten baltischen Grafenfamilie. Die Vereinigten Arbeiterverbände sind mit einer Beschwerde für die Verhafteten eingetreten und es ist ihnen zugesagt worden, daß der Mißgriff wieder gutgemacht werden soll, und daß in Zukunft nur solche Personen interniert werden sollen, gegen die wirklich Straftaten vorliegen.

Der Termin der Betriebsratswahlen. Durch die Wirren der letzten Tage sind die Wahlen zu den Betriebsräten vielfach verzögert worden. § 102 des Betriebsrätegesetzes bestimmt, daß die erste Wahl spätestens sechs Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes einzuleiten ist. Diese Frist ist mit dem 22. März abgelaufen. Das hat in den beteiligten Kreisen Anlaß zu einer gewissen Beunruhigung gegeben. Demgegenüber wird von dem Reichsarbeitsministerium darauf hingewiesen, daß der Frist nach § 102 genügt ist, wenn nur in der Zeit bis zum 22. März der Wahlvorstand bestellt worden ist.

Ruhe in Mecklenburg-Strelitz. Nach amtlichen Feststellungen ist der Freistaat Mecklenburg-Strelitz der einzige Freistaat im Reich gewesen, in dem während des Rufsches und auch nachher zu keinerlei Unruhen gekommen ist. Ein Versuch der Reichswehr, das Ministerium Freiherr v. Leibnitz (Soz.) zu stürzen, wurde durch eine geschickte diplomatische Behandlung der Angelegenheit verhindert. Nach dem Zusammenbruch des Rufsches hat der Landtag dem Ministerium einstimmig sein Vertrauen ausgesprochen und selbst die äußerste Rechte hat sich diesem Vertrauensvotum angeschlossen. Es ist unter der Führung des Majors Müller-Brandenburg eine Staatsgendarmerie gegründet, die keine parteipolitische Organisation ist und in der sowohl Bürgerliche wie Sozialdemokraten Aufnahme gefunden haben. Die Nachricht, daß im Lande Arbeiterorden bewaffnet seien, entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

Rundschau im Auslande.

Die Allierten werden in diesen Tagen eine neue Note in der Frage des Aufenthaltsorts des deutschen Kaisers an die Niederlande richten.

Bei der österreichischen Kriegsgeldentlastung haben drei Personen wegen Millionenbetrug eine lebenslange Haftstrafe erhalten. Bei den Verhafteten wurden eine Million Kronen vorgefunden.

Prinz Xaver von Parma, der Bruder der ehemaligen österreichisch-ungarischen Kaiserin Elza, dessen Anwesenheit in Wien von den Sozialdemokraten in Form einer Interpellation in der österreichischen Nationalversammlung beanstandet wurde, ist nach Paris abgereist.

Frankreich: Der Streik in Nordfrankreich.

Nach einem Havarelegramm aus Valenciennes haben die Bergarbeiter im Süden von Anzin erneut den Streik beschlossen, um sich solidarisch mit den immer noch streikenden Bergarbeitern vom Pas de Calais zu erklären. Die Bergarbeiter der Textilfabriken von Roubaix und Tourcoing haben auch die Textilarbeiter von Lille und Umgebung den Streik beigeschlossen. Es treten damit 20 000 Arbeiter in den Streik. Dazu kommt der allgemeine Ausstand von Roubaix und Tourcoing, an dem etwa 150 000 Arbeiter beteiligt sind.

Rußland: Friedensabsichten der russischen Sowjetregierung.

Der „Reibhork American“ veröffentlicht die letzten Friedensbedingungen der Regierung von Sowjetrußland an die Welt. Die drahtlos an Altkommission übergebenen Bedingungen lauten: 1. Anerkennung der russischen Sowjetrepublik. 2. Anerkennung des Rechts, die Sowjetunion in Rußland weiter durchzuführen. 3. Das Verbrechen von russischer Seite, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zu mischen. 4. Verpflichtung der anderen Völker, sich an der Einmischung in innere russische Angelegenheiten zu enthalten. 5. Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen. 6. Entlohnung der Roten Armee, sobald der Frieden geschlossen ist. 7. Anerkennung der russischen Staatsgrenzen und Anleihen durch die Sowjetregierung. Weiter erklärt die Sowjetregierung, daß Rußland keine Bundesgenossenschaft mit irgend einem anderen Volke nicht aber ebenbürtig wünsch, als Feind, mit dem es sich immer sei, zu lesen. Die Sowjetregierung erklärt sich bereit, die Anleihen und die Schulden der vorigen Regierung zu übernehmen, die die Allierten, anzuerkennen. So wird in die Offizienz geheimer Verhandlungen mit Deutschland, die sich gegen die Allierten richten sollen.

Türkei: Ein französischer Todeszug.

Italienische Blätter besagen, das Borrücken der Türken in Kleinasien habe an. Die Berichte über den Rückzug der Franzosen bei Mudros lassen diesen als das furthesten Ergebnis im ganzen Krieg erscheinen. Dieser Rückzug übertrifft, so wird übereinstimmend berichtet, den Tragik selbst den Übergang Napoleons über die Alpen. Welt über 5000 Franzosen sind in den Bergen ertrunken, ganze Bataillone wurden durch Schneewege und Lawen vernichtet. Von 30 000 Mann sind knapp 4000 zurückgeblieben. 100 000 Mann griechischer Truppen wurden an den Schauplatz der Kämpfe abgeschickt. Der Gouverneur von Smyrna wurde angeblich ermordet.

Äthiopien: Unruhen in Ostafrika?

Nach einer Meldung aus Nairobi macht A.S. unter den Eingeborenen des Tanganika-bios eine Währung bemerkbar. Ein britischer Offizier ist ermordet worden. Das Tanganika-bio liegt im Westen der ehemaligen deutschen Kolonie Deutsch-Ostafrika.

Lothales und Provinzielles.

*** Seisenheim, 1. April.** Die am Dienstag Nachmittag auf dem Rathhause tagende Stadtverordneten-Versammlung wurde von dem Vertreter des Vorsitzenden, Herrn Stadtverordneten Scholl geleitet. Anwesend waren von den Stadtverordneten die Herren Kranz, Schlepper, Christ, Hartmann, Geiger, Klunk, Kreis, Vador, Dorich, Schenk, Daniel und Semmler, sowie die Frauen Blum und Spitz. Vom Magistrat waren erschienen Herr Bürgermeister Dr. Schneider und Herr Schöffe Weil. Protokollführer Herr Stadtkassier Schönmutter.

Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt:
Punkt 1. Der Bezirksausschuß hat den Beschluß der städtischen Körperschaften über die Erhebung einer fünften Steuerart nicht in der Form, wie er getroffen war, zugestimmt, vielmehr sollen an Stelle von 180% Zuschlag zur Einkommensteuer 225% und anstelle von 190% Zuschlag zur Grund-, Gebäude- und Betriebssteuer 237,5% erhoben werden. Es ist hierzu nochmals ein formeller Beschluß der städtischen Körperschaften notwendig. Die Versammlung ist einstimmig mit der Aenderung einverstanden.

Punkt 2. Schon seit längeren Jahren hat die Stadt keinen Eichamtsvorsteher mehr, der letzte war Bürgermeister Pohl. Der Magistrat hatte für diesen ehrenamtlichen Posten Herrn Sch. Rathemacher vorgeschlagen, der die Wahl aber wegen Ueberhäufung mit beruflichen Arbeiten und auch Ehrenämtern abgelehnt hat. An seine Stelle hat der Magistrat dann Herrn Beigeordneten Karl Block gewählt. Die Versammlung ist mit dieser Wahl einverstanden.

Punkt 3. Ein Antrag der hiesigen Ärzte bezweckt die Erhöhung der von der Stadt bezahlten Gebühren für die Armenbehandlung um 50%. Den Ärzten wurde bisher eine Vergütung von zusammen 600 Mk. gezahlt. Auf Antrag des Magistrates wird die Vergütung auf 900 Mk. festgesetzt, doch soll hier gleichzeitig die Vergütung für die Bemühungen als Schulärzte eingebracht sein. Nach kurzer Aussprache wird der Beschluß einstimmig gefaßt.

Punkt 4. Die Ausrüstung der Polizeiwachmeister und Feldschützen mit Schusswaffen. Die Angelegenheit hatte bereits vor wenigen Wochen die Versammlung beschäftigt, war aber damals abgelehnt worden. Der Magistrat hat aber erneut die Vorlage eingereicht und mit einem Schreiben begründet. Die Ablehnung sei nicht gerechtfertigt. Der Antrag sei von der Polizeiverwaltung gestellt worden. Ein richtiger Feldschütz sei unter den jetzigen Verhältnissen durch die Feldhüter ohne Schusswaffen nicht möglich. Ein solcher Schütz sei aber besonders im Interesse der vielen kleinen Besitzer unbedingt erforderlich. Wenn die heutige Versammlung abermals die Vorlage ablehne, bleibe der Polizeiverwaltung nur übrig, eine Verfügung der vorgeordneten Behörden in der Angelegenheit zu erwirken, die dann im Zwangswege die Waffen einführt. Ueber die Angelegenheit entspinnt sich eine angeregte Aussprache. Herr Bürgermeister Dr. Schneider behauptet, daß die Angelegenheit bei der erstmaligen Verhandlung bei den Stadtverordneten ins Lächerliche gezogen worden sei. Die Vorlage bedeute nicht die Einführung des Polizeieinsatzes, sondern einen wirklichen Schutz der Beamten. Ein tatsächlicher Feldschütz sei nur möglich, wenn die Feldhüter mit Schusswaffen ausgerüstet seien. Sonst ständen sie, besonders während der Nacht den Feldfreiwilfern, die teilweise selbst mit Schusswaffen ausgerüstet wären, machtlos gegenüber. Er richtet an die Bevölkerung die Bitte, die Beamten in ihrem Dienste zu unterstützen. Die Beamten haben die Pflicht, jeden Feldfreiwilfer zur Anzeige zu bringen und wenn dann der Täter bestraft wird, so ist nicht der Beamte daran schuld, sondern der Täter selbst. Herr Stv. Christ bezeichnet die Begründung des Magistrates für Unsin. Die Beamten müßten sich durch ihre Persönlichkeit Respekt verschaffen. Die Arbeiterschaft vermahne sich dagegen, daß die Beamten bewaffnet würden. Die Feldhüter sollten ihre Pflicht tun und wenn die vorhandenen 3 Feldhüter nicht genügen, so könne über die Anstellung eines vierten gesprochen werden. Die Bewaffnung sei ein Spiel mit dem Feuer. Herr Bürgermeister Dr. Schneider erhebt Einspruch gegen den unparlamentarischen Ausdruck „Unsin“. Der Vorsitzende rügt den Ausdruck. Der Herr Bürgermeister weist darauf hin, daß wieder Angriffe gegen Beamte ausgesprochen würden, die angeblich ihre Pflicht nicht getan hätten. Der Magistrat wolle die Verantwortung nicht übernehmen, im Falle einem Beamten bei einer nächtlichen Schießerei wie im vergangenen Jahre etwas passiere. Herr Schöffe Weil sagt, daß der Magistrat die Feldhüter so bewaffnen wolle, daß sie sich wehren können, wenn sie mit Waffen angegriffen werden. Der Vorsitzende, Herr Stv. Scholl sagt, die Angriffe des Magistrates richten sich gegen mich. Er müsse sich ganz entschieden dagegen verwahren, daß er wegen seinen Ausführungen, die er im Interesse der Allgemeinheit hier gemacht habe, Angriffen ausgesetzt sei. Der Redner führt dann einige Fälle an, wo in letzter Zeit durch Bewaffnung der Beamten Unglücksfälle sich ereignet hätten. Die Feldhüter hätten früher ihren Dienst ohne Waffen getan, sie könnten das auch noch heute. Wenn sie noch einen besonderen Schutz brauchten, so wäre ein Hund bedeutend besser als Schusswaffen. Herr Stv. Christ bemerkt, daß er nicht die Beamten beleidigen wolle, daß nach seiner Ueberzeugung aber die Feldhüter die Flur schützen könnten, wenn sie richtig das Feld begehren würden. Waffen hätten sie nicht nötig. Herr Stv. Schlepper bemängelt, daß die Feldhüter alle nebenamtlich Landwirtschaft betrieben, das gehöre sich nicht. Herr Bürgermeister Dr. Schneider glaubt, daß die Feldhüter ihre Pflicht tun. Sie hätten öfters am Tage frei, wenn sie nachts Dienst hatten. Auch kann die Dienstzeit nicht genau festgelegt werden, da der Feldschutz ununterbrochen ausgeübt werden muß. Nachdem sich noch einige Stadtverordnete gegen und einige für die Bewaffnung ausgesprochen haben, wird über den Antrag des Herrn Stv. Dorich, den Magistrat zu ersuchen, die Bewaffnung der Feldhüter nur während der Erntezeit vorzunehmen, abgestimmt. Die Abstimmung ergibt Stimmengleichheit mit 7:7 Stimmen. Der Vorsitzende erklärt sich sodann gegen den Antrag, daß die Bewaffnung mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt ist.

Punkt 5. Die vom Magistrat beantragte Teuerungszulage für den Flurschütz a. D. Schützler wird mit allen

gegen 2 Stimmen abgelehnt. Dagegen wird die Teuerungszulage für den Schuldner Kastenholz von 1500 auf 3000 Mk. und für den Bussenwärter Spring von 400 auf 1600 Mk. ab 1. 1. 20 einstimmig erhöht.

Im Anschlusse an diesen Punkt stellt der Vorsitzende die Anfrage an den Magistrat, warum den älteren städtischen Arbeitern an ihrem Lohn die Renten in Abzug gebracht würden. Herr Bürgermeister Dr. Schneider sagt, daß die Arbeiter genau nach dem abgeschlossenen Tarife bezahlt würden, der auch von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt sei.

Punkt 6. Der Magistrat hat die Bedingungen festgelegt, unter welchen das Brennholz in diesem Jahre an die Bürgerschaft verlost werden soll. Die Hauptpunkte sind folgende: Jede Haushaltung erhält 4 Raummeter Holz. Das Holz wird nur an diejenigen verlost, die sich angemeldet haben. Ein Anspruch auf eine besondere Art von Holz besteht nicht. Die Verlosung findet distriktweise statt und ist öffentlich. Binnen 14 Tagen nach der Verlosung kann der Losinhaber auf das Holz verzichten, wenn es ihm nicht zusagt. Der Kaufpreis beträgt in den Distrikten Weibersborn und Schieferhöll für

das Kloster Buchen-Scheitholz	Mk. 115 —
„ „ „ Knüppelholz	„ 65 —
„ „ „ Eichen-Scheitholz	„ 55 —
„ „ „ Knüppelholz	„ 45 —
In den Distrikten Jüngel, Köspel und Sonnenrech für	
das Kloster Buchen-Scheitholz	Mk. 145 —
„ „ „ Knüppelholz	„ 95 —
„ „ „ Eichen-Scheitholz	„ 85 —
„ „ „ Knüppelholz	„ 75 —

Das Holz muß bis 1. 10. abgefahren sein, sonst kann es von der Gemeinde erneut versteigert werden. Die Bezahlung hat vor der Abfuhr zu geschehen. Die Abfuhr selbst darf nur an Wochentagen erfolgen. Mit geringfügigen Aenderungen werden die Bedingungen einstimmig angenommen.

Nach Schluß der Tagesordnung richtet Herr Stv. Schenk die Anfrage an den Magistrat, aus welchem Grunde bei der Verteilung von Heu verschiedene Kuhhalter nicht berücksichtigt worden sind, trotzdem ihnen Lieferheine zugeteilt worden waren. Der Herr Bürgermeister ist über die Angelegenheit nicht informiert, doch beantwortete der Vorsitzende, Herr Stv. Scholl, als Mitglied der Lebensmittelkommission die Anfrage. Das Futter sei an die Kuhhalter entsprechend der buchmäßigen Menge verteilt worden. Es sollten 245 Ztr. vorhanden sein, in Wirklichkeit waren es aber nur 220 Ztr., so daß 3—4 Bezugsberechtigte kein Heu bekommen konnten. Es wäre von einigen Kuhhaltern Futter dabei gekauft worden, die es weiter verkauft hätten. Die Kommission habe zuerst die betr. Leute öffentlich durch Veröffentlichung ihrer Namen an den Pranger stellen wollen, das sei aber, um Verleumdungsslage zu vermeiden, unterblieben. Jeder Kuhhalter, der Milch abgeliefert hatte, war berechtigt, Futter zu beziehen. Aber auch Kuhhalter, die ihre Milch nicht nach Seisenheim liefern, haben von dem Futter erhalten. Er führt hierzu einige Fälle an. Die Verteilung war so geregelt, daß auf jede Kuh 4 Zentner Heu kamen. Da aber ein Schwund von 25 Zentner Heu da war, konnten einige Bezugsberechtigte kein Heu bekommen.

Frau Stv. Spitz macht auf die schlechten Beleuchtungsverhältnisse im Pflanzler aufmerksam, wo am Abende nur eine einzelne Lampe brenne, die jedenfalls für die vielen Straßen nicht genügt.

Herr Stv. Vador bittet um Auskunft ob die Kommission dem Ersuche des Gewerbevereins um Bereitstellung von Werkholz für unsere hiesigen Handwerker nachgekommen sei. Herr Beigeordnete Weil kann diese Frage bejahen. Werkholz für die Handwerker komme zur Verteilung.

Herr Stv. Kranz macht auf die Verunreinigung der Straßen aufmerksam, die durch das Tonsfahren der Karolwerke nach dem Rhein entsiehe.

*** Seisenheim, 1. April.** Am morgigen Charfreitag sind die öffentlichen Verkaufsgeschäfte wie an Sonntagen geöffnet. Am 1. Osterfeiertage sind die Geschäfte ganz geschlossen, während am 2. Osterfeiertage der Verkauf wie an Sonntagen gestattet ist.

D Seisenheim, 1. April. Am vergangenen Sonntag fand in der „Germania“ dahier die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Rheinischen Volksbank e. S. m. b. H. statt, welche vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates Herrn Direktor Buchholz eröffnet und geleitet wurde. Namens des Vorstandes erstattete Herr Bankdirektor Hertin den umfangreichen Bericht über das Geschäftsjahr 1919, welches der Genossenschaft wiederum in allen Betriebszweigen großen Zuwachs namentlich in fremden Geldern brachte. So sind die Spareinlagen von 1 556 000 Mk. auf 2 087 000 Mk. und die Kontokorrentschulden von 600 000 Mk. auf 1 556 000 Mk. gestiegen. Demgegenüber waren die Kreditbedürfnisse der Mitglieder gegen die Vorjahre bedeuten größer und stiegen von 468 000 Mk. auf 1 778 000 Mk. Der Gesamtumsatz betrug 120 000 000 Mk. oder rund 90 000 000 Mk. mehr als im Vorjahre. Nach reichlichen Abschreibungen stellt sich der Reingewinn auf 25 673 Mk. 43 Pfg. Die Mitgliederzahl ist von 610 auf 625 gestiegen. Das Geschäftsguthaben beträgt Ende 1919 253 109 Mk. 84 Pfg. Die Gesamtsumme 937 500 Mk. Namens des Aufsichtsrates berichtete Herr Direktor Buchholz über die Prüfung und Revision der Bilanz und Jahresrechnung, welche die ordnungsmäßige Geschäftsführung ergaben, worauf die Generalversammlung die Bilanz genehmigte und dem Vorstand Entlastung erteilte. Die Versammlung beschloß sodann von dem Reingewinn von 25 673 Mk. 43 Pfg. 6% Dividende mit 13 974 Mk. 72 Pfg. zu verteilen, den Resten 8 283 Mk. 65 Pfg. zu überweisen und 3 126 Mk. 88 Pfg. auf neue Rechnung vorzutragen. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Herren Johann Walther, Philipp Reutner und Anton Zimmer wurden wiedergewählt, während in der Kommission zur Einführung der Aufsichtsratsmitglieder die Herren Wendlin Klein, Wilh. Hill und Wilh. Schmalz bestimmt wurden. Der Höchstbetrag, den sämtliche die Genossenschaft belastenden Anleihen und Spareinlagen nicht überschreiten dürfen, wurde auf 6 Millionen Mark v. der Höchstbetrag für Kreditgewährungen an die einzelnen Mitglieder auf 800 000 Mk. festgelegt. Mit einem empfehlenden

Hinweis an die Mitglieder sich immer mehr am bargelosen Zahlungsverkehr zu beteiligen, sich aller Geschäftszweige der Rheinischen Volksbank zu bedienen und zu fördern, wurde die einmütig verlaufene Generalversammlung geschlossen.

*** Seisenheim, 1. April.** Am Sonntag, den 21. März fand die diesjährige Generalversammlung des kath. Gesellenvereins statt. Die Versammlung nahm zunächst den Jahresbericht des Schriftführers entgegen, dann erstattete der Kassierer Bericht über den finanziellen Stand des Vereins. Das verflossene Jahr war sehr denkwürdig fiel in dieses doch das 25jährige Stiftungsfest des Vereins. Nach den erfolgten Neuwahlen wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen, den Mitgliedern, welche 25 Jahre dem Verein angehören eine Ehrennadel zu errichten; ebenso sollen die Namen der im Kriege gefallenen Mitglieder auf einem künstlerischen Gedenkblatt vermerkt werden, um ihnen ein bleibendes Andenken zu bewahren. Am Schluß präsidierte der Präses in seiner Ansprache die hohen Ideale des Vereins, auf die jedes Mitglied stolz sein könnte, indem er gleichzeitig die Bitte aussprach sich immer noch reger an dem Vereinsleben zu beteiligen. Mit dem üblichen Gruß: „Gott segne das ehrbare Handwerk“ schloß die Versammlung.

hd Seisenheim, 30. März. Fußballsport. Am vergangenen Sonntag war der „1. Seisenheimer Fußball-Verein 1908“ mit 5 Mannschaften zu den Wettspielen angetreten, davon fanden zwei auf hiesigem Platz statt. Die 1. Elf stand dem Kreuznacher Fußballverein 07, Meister des Nahganges gegenüber und mußte sich mit 5:0 geschlagen beugen. Die 2. Mannschaft spielte gegen die gleiche von „Victoria-Mombach“ und siegte mit 2:1. Die 3. Mannschaft in Mombach gegen die 3. von „Victoria“ 4:1, die 1. Jugendmannschaft gegen die gleiche von Mombach 3:1, die 2. Jugendmannschaft unterlag in Kreuznach mit 4:1 Toren.

× Vom Mittelrhein, 30. März. Das vor dem Mäuseturm am vergangenen Freitag festgefahrene Schiff „Gardn“ das unter Begleitung von französischem Militär ungefähr 36 000 Zentner Weizen von Antwerpen nach Ludwigshafen bzw. Straßburg befördert konnte gestern vormittag von dem Boote Franz Daniel 6 freigezogen werden und nebst dem Krabenschiff auf die Ringer Reede geschleppt werden, nachdem das eigentliche Leichterhelfer schon hierher gebracht worden war. Der beschädigte Kahn wird zur Weiterfahrt klar gemacht, auch ist man noch mit Auspumpen und Verdrängen des beschädigten Bodensraums beschäftigt. Der Abtransport kann wahrscheinlich im Laufe des heutigen Tages erfolgen. Die Ladung soll bei einer französischen Gesellschaft versichert gewesen sein. Das neue Fahrwasser ist seit gestern vormittag wieder freigegeben.

× Sarmshelm, 30. März. In der vergangenen Nacht wurde auch in der hiesigen Kirche eingebrochen. Was von der Diebesbande gestohlen wurde konnte noch nicht alles festgestellt werden.

*** Oberbrechen, 30. März.** Heute wurde hier, an seinem Heimatort der Lehrer Franz Fluck aus Seisenheim zu Grabe getragen. Allgemein war die Anteilnahme, besonders von Seiten der Lehrerschaft. Am Grabe legte Herr Magistratschöffe Häufert-Seisenheim namens der städtischen Körperschaften von Seisenheim, wo der Verstorbene 13 Jahre gewirkt hatte, einen Kranz nieder. Herr Rektor Jansen-Seisenheim widmete dem Heimgegangenen einen warmen Nachruf, in dem er den Verstorbenen als braven, pflichttreuen Lehrer ehrte. Dann legte er einen Kranz als letzten Gruß der Seisenheimer Lehrerschaft am Grabe nieder. Namens des Lehrervereins Niederwald überbrachte Herr Ortseifer eine Kranzspende. Auf alle Teilnehmer machte die schlichte Trauerfeier einen tiefen Eindruck und zeigte, welche Verehrung sowohl der Heimgegangene als auch dessen Familie, aus der vier Lehrer hervorgegangen sind, genoß.

*** Der Deutsche Weinbau-Verband** hielt am 23. und 24. ds. Mts. in Wiesbaden Vorstands- und Ausschusssitzungen ab, um zu schwebenden weinbaulichen Fragen Stellung zu nehmen. Unter anderem wurde die Höchstpreisfrage für Wein erörtert. Dabei kam entschieden und einmütig zum Ausdruck, daß Wein nicht Gegenstand des täglichen Bedarfs gelten könne. Schon allein die Tatsache, daß bei einer mittleren Weinernte nur rund 3 Liter Wein auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, dürfe als Beweis dafür gelten. Es wurde deshalb als ganz ungerechtfertigt bezeichnet, Wein mit Höchstpreisen zu belegen. Wenn der Wein als Gegenstand des täglichen Bedarfs verbilligt werden solle so wäre in erster Linie die hohe, 20prozentige Weinsteuern zu ermäßigen. Die mit Weinhöchstpreisen bisher gemachten Erfahrungen sprächen gar nicht für deren Beibehaltung, weil sie nicht verbilligen, sondern durch Förderung des Schleich- und Kettenhandels eher verteuern auf den Wein eingewirkt haben. Statt Wein auf dem freien Markte zu kaufen, müssen die Käufer auf Umwegen ihren Bedarf decken und haben dafür natürlicherweise höhere Auslagen. Ferner würden die Weine bei künstlich niedergehaltenen Preisen viel zu billig ins Ausland abwandern, was bei unseren jämmerlichen Valutaverhältnissen gewiß nicht wünschenswert ist. Im besetzten Gebiet, in dem ja der größere Teil des deutschen Reblandes liegt, ist die Gefahr der Verschleuderung ins Ausland besonders groß. Das Geschrei nach Weinhöchstpreisen bringe nur Nachteile aller Art, billige Weine bringe es doch nicht. Der Verbands-Ausschuß nahm ferner Stellung zu der bevorstehenden Neuregelung der Rebbaubeförderung zur Vertretung des Weinbaues bei den Reichsregierungsstellen zu Steuerfragen, und zur Einfuhr ausländischer Kunstweins. Es wurde des weiteren beschlossen, durch ein Preisauschreiben unter Aussetzung eines höheren Preises zu Nachforschungen nach peronosporawiderstandsfähigen Reben der bei uns gebauten Rebsorten anzuregen. Der Gedanke, im Herbst ein Weinbaufest abzuhalten, fand Zustimmung.

Evangelische Gottesdienstordnung in Seisenheim. Freitag, den 2. April. Karfreitag. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. Beichte und Feier des hl. Abendmahls. Kirchensammlung für das Sächsische Waisenhaus.

Baut Kartoffeln

denkt an unsere Kartoffelnot

Bekanntmachung.

Von Samstag, den 10. April ds. Js., an kommt in den hiesigen Kolonialwarenhandlungen

Kunstthong

zum Verlaufe.

Auf die Person entfallen 170 Gramm zum Preise von 50 Pfg. und wird Feld 18 der Lebensmittelkarte entwertet. Die Vorlage der Karten zwecks Abtrennung des Bezugsabschnittes hat am 6. u. 7. April zu erfolgen.

Wegen der Feiertage findet der Verkauf von Kranken- und Hindernismitteln am Dienstag, den 6. April, nachmittags von 2 1/2—5 1/2 Uhr statt.

Geisenheim, den 31. März 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Dienstag, den 6. April ds. Js. vormittags 10 Uhr anfangend, kommen im Geisenheimer Stadtwalde, Distrikt Hahnenberg, zur Versteigerung

9 Fichten-Stämme u. Stangen von 1,17 Hftr.

18 Rmtr. Eichen-Bühlholz

1 " Fichten-Nußholz

89 " Buchen-Scheitholz

256 " " Knüppelholz

86 " " Reifertknüppel

1 " Eichen-Knüppelholz

Geisenheim, den 25. März 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Im hiesigen Wirtschaftsamt kommen täglich während den Vormittagsdienststunden folgende Artikel zum Verlaufe:

Maggis Suppenwürfel 5 Stück	0.60	"
Getrockn. „Onil“, per Stück	0.20	"
Boullionwürfel, " "	0.02	"
Ei-Ersatz, " Paket	0.10	"
Mandelnuggehäupelver, " "	0.20	"
Deutscher Tee, per Paket	0.50	"
Getrocknete Zwiebeln per Pfund	8.—	"
Cond. gesüßte Milch per Dose	8.—	"
Steril. Milch, ungegüß, gr. Dose	6.—	"
" kleine	4.—	"

Geisenheim, den 20. März 1920.

Der Magistrat.

Institut St. Joseph, Geisenheim a. Rh.

10klassige höhere Mädchenschule.

Die Anstalt nimmt Kinder von 6 Jahren (1. Schuljahr) ab auf.

Beginn des neuen Schuljahres 15. April 1920.

Anmeldungen nimmt entgegen

Die Vorsteherin.

Beginne am Mittwoch, den 7. April im Saalbau Deutsches Haus einen

Tanzkursus.

Die Tanzstunden finden Mittwochs und Samstags von 7—10 Uhr statt.

Anmeldungen werden jetzt schon bei Herrn Wilh. Reis, sowie Rüdesheim Langstr. 3, angenommen.

Martin Brühl, Tanzlehrer.

Fried. Exner, Wiesbaden

Neugasse 16

Neugasse 16

empfehlen in nur guten Qualitäten:

Strickwolle, schwarz und grau
engl. Brook's Nähgarn
Einsatzhemden — Normalhemden
Makohemden, Unterhosen u. Jacken
Filetjacken, Kinder-Leibhosen
Wollene und baumwollene Socken
Strümpfe und Söckchen.

A. Kahle, Dentist

Geisenheim, Marktstrasse 27 I, rechts.

Sprechstunden für Zahnleidende
täglich von 9—1 Uhr und von 3—6 Uhr.
Sonntags von 9—12 Uhr.

„Deutsches Haus“, Geisenheim a. Rh.



Ostermontag, 5. April

von nachmittags 4 Uhr an

Grosse Tanzmusik

Es ladet freundl. ein

Wilh. Reis.

Nassauische Kriegsversicherung.

Letzte Bekanntmachung.

Bei der nunmehr vorzunehmenden Abrechnung werden gemäss § 4 der massgebenden Bedingungen alle Sterbefälle berücksichtigt, die bis

spätestens 10. April 1920

(d. i. 3 Monate nach Friedensschluss) unter den versicherten Kriegsteilnehmern infolge einer im Kriege erlittenen Verwundung oder erworbenen Krankheit eingetreten sind.

Die mit der Anmeldung ihrer Ansprüche noch rückständigen Hinterbliebenen von gefallenen und versicherten Kriegsteilnehmern werden nunmehr zum letzten Male (vergl. unsere Bekanntmachung vom Juli-August 1919) aufgefordert, ihre Ansprüche unter Einreichung der Anteilscheine und der grossen standesamtlichen Sterbeurkunde (bei Vermissten gerichtliche Todeserklärung umgehend,

spätestens bis zum 24. April 1920

bei uns anzumelden. Ansprüche, die nach diesem Zeitpunkt angemeldet werden, können bei der Abrechnung nicht mehr berücksichtigt werden.

NB. Wer seine Ansprüche bereits angemeldet und die Bestätigungskarte von uns erhalten hat, braucht keine weiteren Schritte mehr zu unternehmen!

Die fällige Leistung der Kasse wird den empfangsberechtigten Hinterbliebenen unter Mitteilung der Abrechnung im Laufe des Monats Mai durch die Post übersandt.

Wiesbaden, im März/April 1920.

Direktion der Nassauischen Landesbank

(Abt. Nass. Kriegsversicherung).

Zu den Feiertagen

empfehle

Gebrannten Kaffee

in guter Qualität.

Gersten-Kaffee
Kornfrank
Kakao
Schokolade

Sultaninen
Rosinen
Corinten
Ohsena.

Markenfrei

gelbe und grüne Erbsen
gelbe und weiße Bohnen

Haferflocken
Gerstenflocken

Fussboden-Oel.

Ant. Warzelhan

Landstrasse 39.

Landstrasse 39.

Preiswerte

Frühjahrskleidung

Sakko-Anzüge Mk. 295, 395, 500, 675
Sport-Paletots und Uster

Mk. 275, 420, 600, 800

Einzelne Hosen Mk. 45, 69, 90, 150, 210

Echle Münchener Geden-Mäntel und

Capes für Herren und Damen

Konfirmanden- und Kommunikanten-

Anzüge, Knaben-Sakko und Joppen-Anzüge.

Einzelne Knie- und Leibhosen

Bruno Wandt, WIESBADEN

Kirchgass 56.

Zuverlässig, kräftiger Fuhrmann

ge sucht.

Chemische Fabrik Winkel.

Packfabrik-Küfer

ge sucht.

Einige tüchtige Leute, die in der Packfabrik-Küferei erfahren sind oder solche, die sich bei normalem Lohne dazu anlernen lassen wollen, nimmt sofort an

Chemische Fabrik Winkel.

Weinbergspfähle,

Stickeln,

Bretter und Latten.

Gefägte Tannen, geriffene Gersten, Prima gefägte lyantisierte und Rundstäbe lyantisiert etc.

In verschiedenen Sorten und Qualitäten.

Weinbergstängel

imprägnierte bzw. lyantisierte von 1,50, 1,75, 2 m u. höher. Versand gegen Nachnahme.

Zur Baumpflanzung

lyantisierte und imprägnierte

Baumstämme u. Pfähle

zur Baumpflanzung in allen

Längen und Dicken, zu an-

nehmbaren Preisen, alles ab

Lager gegen netto Kasse.

E. Dillmann,

vorm. Gregor Dillmann

Kirchstr. 18. Tel. Nr. 198.

Ein

möbl. Zimmer

sofort zu vermieten.

Näheres i. d. Geschäfts-

stelle des Blattes.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Cäcilie Geisenheim.

Vereinslokal Andr. Wier
Am 1. Osterfeiertag findet ein

Ausflug

nach Notgottes, Aulhausen, Niederwald, Rüdesheim, Geisenheim statt.

Zusammenkunft 1 Uhr im Vereinslokal.

Die noch rückständigen Bücher, Tongs Taschenalbum, sind mitzubringen.

Der Vorstand.

Kath. Kirchenchor

Karlsamstag, abends 8 Uhr

Gesangstunde.

im Kath. Vereinshaus.

Bolzählisches u. pünktliches Erscheinen erwünscht

Der Dirigent.

la. reines Gsmine-malz

eingetroffen.

Geschm. Gietz

Fernsprecher Nr. 208.

Eine gebrauchte Regenspumpe

und

Schankel-Badewanne

zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Täglich

frische Wurst

Frau Joh. Bach

Täglich

frische Wurst

Pferdefleisch

nur gegen Bestellung

Samstags bei

Karl Rath, Gastwirt

Nebst

Obst und

Gemüse

empfehle

Essig- u. Salzgurken

Sauerkraut,

Tafelsenf, Ohsena.

Garantiert

frische Land-Eier

Süßrahmmargarine

Kokusbutter.

Corned Beef pp.

Edamer- und Holl. Käse,

Handkäse.

Pack- und Süßbäcklinge.

Stets 2mal wöchentlich

frische Hefe.

Holländ. Zwiebeln

eingetroffen.

Frau B. Rothhaupt

Bretter u. Latten

Starke Pfähle

eingetroffen

E. Dillmann

Kirchstr. 18. Telef. 198.

Für Stricklumpen

bezahlen 30.— Mk. per Hilo,

für and. Woll-Lumpen, Wolle,

und Kammlinge die höchsten

Preise im Tausch geg. Rock,

Kleider- und Anzugstoffe.

Reißerei und Weberei 3 Linden

Dingelstadt-Giesfeld.

Druckmaschinen fertigt schnellstens die

Buchdruckerei Jander.